

Gedächtnis – Dienst – Orientierung

Was die Evangelische Kirche der Gesellschaft schuldig ist

Ansprache von Bischof Prof. Dr. Martin Hein auf dem Adventsempfang der Evangelischen Kirchen in Thüringen am 16. Dezember 2009 in Erfurt

Sehr geehrte Frau Landstagsvizepräsidentin,
sehr geehrter Herr Stellvertretender Ministerpräsident,
sehr geehrte Frau Landesbischöfin,
meine Damen und Herren,

Gedächtnis – Dienst – Orientierung. Das sind drei Begriffe, die nicht voneinander zu trennen sind. Sie sind für eine Gesellschaft unerlässlich – und einen wesentlichen Beitrag zu allen dreien darf die Gesellschaft von der Evangelischen Kirche erwarten. Wir leisten diesen Beitrag nicht nach Belieben, sondern sind ihm vielmehr schuldig. Ein Wort des Propheten Jeremia im Alten Testament ist für uns bestimmend. Es lautet: „Suchet der Stadt Bestes!“

Zunächst: **Gedächtnis**. Erinnert haben wir uns in diesem Jahr vor allem an den Mauerfall vor 20 Jahren – in vielen Veranstaltungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Ein viel beachtetes Beispiel war das Projekt „Gesegnete Unruhe“ der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Ich selber hatte Gelegenheit, am 9. November in der Stadtkirche St. Georg in Schmalkalden den Gottesdienst zu feiern. Was heißt hier Gedächtnis, was bedeutet erinnern?

Ein deutscher Ministerpräsident hat jüngst gesagt: „Die Macht der Vergangenheit tut der politischen Kultur nicht gut.“ Ich halte das für bedenklich und stelle dem entgegen, was ein jüdischer Gelehrter des 17. Jahrhunderts sagte: „Das Geheimnis der Erlösung ist Erinnerung!“ Diese Einsicht abgewandelt gilt in gleicher Weise für die Versöhnung: „Das Geheimnis der Versöhnung ist Erinnerung!“ Doch von welcher Versöhnung

reden wir? Dietrich Bonhoeffer konnte von einer „billigen Gnade“ sprechen; es gibt auch eine „billige Versöhnung“. Billig ist sie dann, wenn sie unter dem Vorzeichen steht: „Schwamm drüber“. Solch eine Haltung aber *verhindert* Versöhnung.

Versöhnung kann der Staat nicht dekretieren; wohl aber kann er Rahmenbedingungen schaffen, um Versöhnung zu ermöglichen. Versöhnung setzt Aufrichtigkeit voraus. Wer Versöhnung will, blendet die Frage nach Opfern und Tätern nicht aus. Versöhnung kann nur dort geschehen, wo sich Opfer und Täter ohne Zwang begegnen und Täter zu dem stehen, was sie getan haben. Solche Versöhnungsarbeit dauert lange; sie dauert mehr als eine Generation, und sie braucht, wenn sie ernsthaft sein will, keine Tribunale, sondern geschützte Orte. Unsere Kirchen sind bereit, solche Orte anzubieten.

Es geht hier nicht um ein exklusives Problem der neuen Bundesländer. Ich spreche für eine Landeskirche, die im Bundesland Hessen und im Freistaat Thüringen beheimatet ist. Wir haben die Erfahrung gemacht: *Erinnern*, das wäre eine Chance des Neubeginns gewesen – auch nach 1945. Oft hat Erinnerung viel zu spät stattgefunden. Aus diesen Fehlern sollten wir lernen.

Der Jahrestag des Mauerfalls, der 9. November 1989, ist nicht von dem Gedächtnis an den 9. November 1938, der Reichspogromnacht, zu trennen. Vor dem Gottesdienst in Schmalkalden fand eine Gedenkveranstaltung an dem Ort statt, wo ehemals die Synagoge stand, bevor sie zerstört wurde. Eine Veranstaltung war das, die es freilich auch erst seit dem Mauerfall gibt. Erinnerung sucht nicht den Glanz, sondern sie gibt Orientierung – etwa gegen den drohenden neuen Rassismus. So wird sie zu einer zukunftsweisenden Chance.

Der zweite Gedanke: Wer vom **Dienst** der Kirche für unser demokratisches Gemeinwesen spricht, wird schnell auf die sozialdiakonischen Arbeit der Kirche und den Bildungsbereich hinweisen. Das ist durchaus richtig, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Der Auftrag der Kirche ist es, das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen sowie Taufe und Abendmahl zu feiern. Aus der Feier und aus dem Leben des Glaubens heraus folgt das gesellschaftliche Engagement der Kirchen; beides gehört zusammen. Das bedeutet auch, dass wir aus guten Gründen das in unserem Land geltende Prinzip der Subsidiarität bejahen und uns in Kindertagesstätten, Schulen und Sozialstationen engagieren. Dafür erwarten wir unsererseits vom Staat Unterstützung und die Gleichbehandlung mit anderen Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Es geht uns nicht um Eigeninteressen, wie man bisweilen zu hören bekommt, sondern um einen ernsthaften und, wie ich meine, unverzichtbaren Beitrag der Kirche für das Gemeinwohl.

Schließlich **Orientierung**. Auch sie schuldet die Kirche der Gesellschaft. Sie vollzieht sich in der Begegnung mit Menschen, die aus dem christlichen Glauben heraus leben – oder ihn auch nicht teilen. Dem weltanschaulich neutralen Staat kann es nicht gleichgültig sein, ob unsere Gesellschaft orientierungslos ihrer Zukunft entgegengeht oder nicht. Die Evangelische Kirche ist bereit, sich der allgemeinen Wertediskussion zu stellen und sich einzumischen: etwa bei den Themen Familienförderung, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung oder beim Schutz der Sonn- und Feiertage. Es kann doch nicht sein, dass Arbeit und Konsum rund um die Uhr unser Leben bestimmen sollen! Das Bundesverfassungsgericht hat hier in seinem Urteil zur Ladenöffnung an Adventssonntagen vergleichsweise klare Worte gefunden.

In gut einer Woche werden viele von Ihnen im Gottesdienst am Heiligen Abend das Weihnachtsevangelium des Lukas hören. Von einer *Familie* ist dort die Rede, von – modern gesagt – einer „Patchworkfamilie“, der die

